



Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 2. Juli 2026
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 131. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 1. Juli 2026, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

- 1. Information zur Strategie zur Organisation und Struktur der Erstaufnahme von Asylsuchenden in Schleswig-Holstein (Standortkonzept 2026)**
Schreiben von Staatssekretärin Schiller-Tobies vom 30. Juni 2026
Umdruck [20/6741](#)

Staatssekretärin Schiller-Tobies berichtet.

- 2. Tätigkeitsbericht 2024**
Bericht der Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen bei der Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Drucksache [20/3945](#)

(überwiesen am 27. Februar 2026)

– Beratung mit der Flüchtlingsbeauftragten Doris Kratz-Hinrichsen –

Die Flüchtlingsbeauftragte stellt Schwerpunkte des Tätigkeitsberichts vor, eine Aussprache folgt. Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Bericht, Drucksache [20/3945](#), zur Kenntnis zu nehmen.

- 3. Bericht der Landesregierung zu den Inhalten und Konsequenzen der Studie „Justizhaushalte im Vergleich“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und der ihr zugrundeliegenden Datengrundlage**
Berichts Antrag des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP)
Umdruck [20/6670](#)

Die Justizministerin berichtet und sichert dem Ausschuss die Übersendung Ihres Sprechzettels zu. Der Ausschuss kommt überein, die Autorinnen und Autoren der FES-Studie um eine Stellungnahme zu bitten und Sie in eine der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen.

4. Gebrauch von Minderheiten- und Regionalsprachen auch vor den Gerichten – Bundesratsinitiative für eine Ausweitung des § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes

Antrag der Fraktion des SSW

Drucksache [20/2464](#)

(überwiesen am 27. September 2024 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke [20/3806](#), [20/3918](#), [20/3999](#), [20/4005](#), [20/4006](#), [20/4009](#),
[20/4010](#), [20/4011](#), [20/4075](#), [20/4095](#), [20/4096](#), [20/4097](#),
[20/4098](#), [20/4100](#), [20/4101](#), [20/4102](#), [20/4106](#), [20/4107](#),
[20/4109](#), [20/4111](#), [20/4112](#), [20/4243](#), [20/5431](#) (neu), [20/5589](#),
[20/5598](#), [20/5629](#)

Der Ausschuss vertagt den TOP auf August.

5. Kriminalpräventive Initiative zur Bekämpfung der Messerkriminalität

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache [20/3464](#)

Maßnahmen zur Bekämpfung der Messerkriminalität so schnell wie möglich voll ausschöpfen

Alternativantrag der Fraktion der SPD

Drucksache [20/3717](#)

(überwiesen am 16. Oktober 2025)

– Beratung mit der Landesregierung/Landespräventionsrat –

Der Ausschuss berät mit Staatssekretär Dr. Hogrefe und einem Mitarbeiter des Landespräventionsrats des Innenministeriums. Das Ministerium sichert zu, ergänzende Informationen schriftlich zur Verfügung zu stellen. Der TOP soll gegen Ende 2026 wieder aufgerufen werden, sobald das entsprechende Konzept der Landesregierung vorliegt.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache [20/4019](#)

(überwiesen am 27. Februar 2026)

hierzu: Umdrucke [20/6376](#), [20/6527](#), [20/6534](#), [20/6540](#), [20/6544](#), [20/6561](#),
[20/6567](#), [20/6574](#), [20/6584](#), [20/6597](#)

Der Punkt wird abgesetzt.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache [20/4055](#)

(überwiesen am 27. Februar 2026)

hierzu: Umdruck [20/6428](#)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Presse (Landespressegesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

Drucksache [20/3874](#)

(überwiesen am 29. Januar 2026)

hierzu: Umdrucke [20/6311](#), [20/6319](#), [20/6359](#), [20/6460](#), [20/6463](#), [20/6470](#),
[20/6471](#), [20/6472](#), [20/6473](#), [20/6474](#), [20/6475](#), [20/6476](#)

Der TOP wird abgesetzt.

9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Drucksache [20/4199](#)

(überwiesen am 19. März 2026 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke [20/6449](#), [20/6518](#), [20/6598](#), [20/6632](#), [20/6633](#), [20/6635](#),
[20/6640](#), [20/6642](#), [20/6643](#)

Der TOP wird abgesetzt und soll im August wieder aufgerufen werden.

10. Entwurf eines Gesetzes zum zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages 2021

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache [20/4373](#)

(überwiesen am 8. Mai 2026)

hierzu: Umdruck [20/6725](#) (nicht öffentlich)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung um eine schriftliche Antwort zur Kritik des VATM e. V. („Wettbewerb verbindet“) in Umdruck [20/6725](#). Zudem kommt der Ausschuss überein, eine schriftliche Anhörung zu der Vorlage durchzuführen (Benennung bis 17. August 2026).

11. Bekämpfung von Kinderpornographie zu einem Schwerpunkt der Polizeiarbeit machen

Antrag der Fraktion des SSW

Drucksache [20/28](#)

Voraussetzungen für eine effektive Bekämpfung der Kinderpornografie schaffen

Alternativantrag der Fraktion der SPD

Drucksache [20/44](#)

Ganzheitliche Bekämpfungsstrategie gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche entwickeln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache [20/48](#)

(überwiesen am 30. Juni 2022)

Änderungsantrag der Fraktionen von SSW, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umdruck [20/6606 \(neu\)](#)

hierzu: Umdrucke [20/172](#), [20/221](#), [20/229](#), [20/230](#), [20/242](#), [20/259](#), [20/260](#),
[20/261](#), [20/264](#), [20/271](#), [20/276](#), [20/279](#), [20/280](#), [20/291](#),
[20/295](#), [20/296](#), [20/298](#), [20/304](#), [20/308](#), [20/309](#), [20/310](#),
[20/311](#), [20/312](#), [20/345](#), [20/374](#), [20/759](#), [20/760](#), [20/1042](#),
[20/1113](#), [20/4276](#), [20/4277](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung der Vorlagen ab. Die Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklären, den Alternativantrag, Drucksache [20/48](#), zurückzuziehen.

Den Änderungsantrag zu Drucksache [20/28](#), Umdruck [20/6606](#) (neu), nimmt der Ausschuss einstimmig an. Den so geänderten Antrag der Fraktion des SSW, Drucksache [20/28](#), empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig bei Enthaltung der SPD zur Annahme.

Den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache [20/44](#), empfiehlt der Ausschuss schließlich dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der FDP zur Ablehnung.

12. Bericht der Landesregierung zur Situation wohnungs- und obdachloser Menschen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

Drucksache [20/4332](#)

(überwiesen am 19. Juni 2026 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

– Verfahrensfragen –

Der Ausschuss beschließt eine schriftliche Anhörung (Benennung bis 17. August).

13. Terminplanung 2027

Umdruck [20/6728](#)

Der Ausschuss beschließt die Sitzungstermine ohne Änderungen.

14. Verschiedenes

Der Vorsitzende kündigt die Vorlage eines Änderungsantrages zum Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung polizeirechtlicher Maßnahmen für einen wirksamen Schutz der öffentlichen Sicherheit (Drucksache [20/4284](#)) an. Dieser soll den Anzuhörenden ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.

Schluss: 16:25 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka